



# Thomas Palka MdL

*Für unser Land. Und unsere Leute.*





*Liebe Parteifreunde.  
liebe Landsleute.*

als ich mit meinem Team Anfang dieses Jahres die Inhalte dieser Broschüre plante, ahnte noch keiner von uns, was für eine Krise uns unmittelbar bevorstehen würde. Eine Krise, wie wir sie in der jüngeren deutschen Geschichte noch nicht erlebt haben. Eine Krise, die jeden von uns betrifft, die sich mittel- oder unmittelbar auf alle Bereiche unseres Lebens auswirkt und deren Tragweite wir Stand heute noch gar nicht abschätzen können.

Nach Lockerung der Kontakteinschränkungen setzten wir uns im Sommer erneut zusammen um zu überprüfen, ob die geplante Broschüre in Anbetracht der aktuellen Umstände noch aktuell sei. Schnell stellten wir fest, dass meine politischen Positionen jetzt sogar noch zwingender geworden waren. Und die Corona-Krise wirkt in der Tat wie

ein Brennglas. Sie führt uns die landes- und bürgerfeindliche Politik der Altparteien gestochen scharf vor Augen.

Darüber hinaus ermahnt uns die Krise alle, uns auch parteiübergreifend unserer demokratischen Verantwortung zu stellen. Mehr denn je benötigen wir eine ideologiefreie und lösungsorientierte Politik, um unser Land aus der Krise zu führen. Den politischen Gegner fordere ich deshalb auf, die zutiefst undemokratische Praxis der Ausgrenzung der AfD und ihrer Wähler zu unterlassen. Es geht um die Zukunft unseres Landes. Und damit schließlich auch um die Zukunft unser aller Kinder und Kindeskinde, ganz gleich welcher Partei sich ihre Eltern und Großeltern heute verbunden fühlen.

Herzlich, Ihr

*Thomas Palka*

Heilbronn, im September 2020

# INHALT

Für unser Land. Und unsere Leute.	5
<b>GESUNDHEIT</b>	6
Krankenhäuser im ländlichen Raum	6
Arzneimittelversorgung und Zivilschutz	9
Allgemeine Daseinsvorsorge	11
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>	12
Unsere Landwirte	12
Die Zuckerrübe – Königin der Feldfrüchte	16
Isoglukose – süß, billig, ungesund	20
<b>ENERGIE</b>	22
SuedLink – Widersinn einer Stromautobahn	22
Über mich	34
Impressum	35

# Für unser Land. Und unsere Leute.

Als Ihr Abgeordneter setze ich mich seit 2016 im Landtag dafür ein, dass die Entwicklung des ländlichen Raums in Baden-Württemberg wieder einen höheren Stellenwert einnimmt. Meine Arbeit dafür im „Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz“ betrachte ich dabei nicht nur als meine parlamentarische Pflicht. Sie ist mir auch ein Herzensanliegen. Denn ich selbst lebe mit meiner Familie schon lange auf dem Land. Und wir haben es lieben gelernt – das Land und seine Leute.

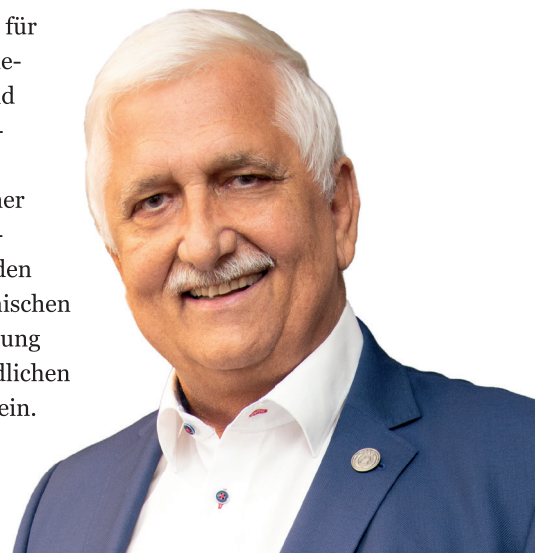
Ich sehe es deshalb als meine Aufgabe, mich für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf dem Land im Vergleich zur Stadt einzusetzen. Klar kann nicht jedes Dorf über ein eigenes Theater oder Gymnasium verfügen. Diese Art von Vorzügen werden immer den Städten vorbehalten bleiben. Im Gegenzug aber sollten wir uns auch nicht

die Vorzüge nehmen lassen, die das Landleben gegenüber der Stadt hat. Ich denke da zum Beispiel an den freien Blick auf unsere schöne Landschaft und die hohe Lebensqualität im Grünen.

Ironischerweise sind es jedoch die Grünen und die grün-dominierten Regierungen auf den Bundes- und Landes Bühnen, die unseren ländlichen Raum mit den Folgen ihrer ideologisch motivierten Politik in zunehmendem Maße bedrohen. Sei es durch den Bau von Windrädern und Stromtrassen oder durch die ständige Gängelung unserer landschaftserhaltenden Landwirte mit immer neuen Gesetzen und Verordnungen. Die Tatsache, dass diese Sorte von Ideologen selbst zumeist in den Ballungszentren leben, bezeugt deren unsoziale Geisteshaltung.

Ein Herzensanliegen ist mir darüber hinaus auch die medizinische

Versorgung im ländlichen Raum. Ich sehe nicht ein, warum wir Landbewohner hinsichtlich dieses so lebenswichtigen Aspekts der Daseinsvorsorge schlechter gestellt sein sollten als Städter. Schließlich zahlen auch wir unsere Beiträge und Steuern. Als Mitglied im „Ausschuss für Soziales und Integration“ setze ich mich deshalb für die Sicherung und Wiederherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung des ländlichen Raums ein.



# Krankenhäuser im ländlichen Raum

→ Eine flächendeckende medizinische Grundversorgung ist die grundgesetzlich verankerte Pflicht des Staates

In der Krise zeigt sich das Totalversagen der Gesundheitspolitik der letzten Jahre deutlicher denn je. Durch den Mangel an Kapazitäten in den Krankenhäusern mussten geplante Operationen verschoben werden, um Intensivbetten für CoViD-19-Patienten freihalten zu können. Die dadurch entstandenen gesundheitlichen Spätfolgen für beispielsweise Krebspatienten sind hier noch nicht abzusehen.

Dabei wollte man uns doch noch bis vor Kurzem weismachen, dass unsere Krankenhäuser sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Rentabilität an den Gesetzen der freien Marktwirtschaft zu orientieren hätten. In der Bilanz eines Krankenhauses müsse immer eine Schwarze Null stehen. Dieser uns Bürgern gegenüber arro-

ganten Denkweise folgend wurden Krankenhäuser konsequent von oben nach unten kaputtgespart. In der Folge mussten viele finanziell überforderte Kreisstädte und Landkreise ihre Krankenhäuser schließen oder an private Investoren übergeben. In beiden Fällen ging das letztendlich immer zu Lasten der Gesundheitsversorgung der Landbevölkerung.

Wie nun bekannt wurde, haben die SLK-Kliniken in Heilbronn im Jahr 2019 einen Überschuss von 3,9 Millionen Euro erwirtschaftet. Da fragt man sich natürlich, wofür dieses Geld eingesetzt wird. Werden daraus Rücklagen gebildet, sinnvolle Investitionen getätigt oder eine angemessenere Bezahlung der Pflegekräfte finanziert? Ich fürchte, nichts von dem wird geschehen.



## → Krankenkassenbeiträge sind zur medizinischen Versorgung da und nicht, damit Kommunen oder private Unternehmer Gewinn machen.

Ich persönlich halte es für unmoralisch und geradezu menschenverachtend, an der Krankheit von Menschen Geld verdienen zu wollen. Man kann sich doch leicht vorstellen, dass bei Krankenhäusern in privater Trägerschaft das Interesse der Investoren eher auf den hoch spezialisierten gewinnträchtigen Behandlungen liegt als auf den häufig aufwändigen, zeit-, kosten- und personalintensiven Standard-Behandlungen von zum Beispiel

Oberschenkelhalsbrüchen oder altersbedingten Erkrankungen und Gebrechen. Der steuerzahlende Bürger sollte sich deshalb immer wieder in Erinnerung rufen, wofür er seine Steuern zahlt. Er zahlt sie an den Staat, damit dieser seiner grundgesetzlichen Verpflichtung nachkommen kann, dem Bürger eine ausreichende und flächendeckende medizinische Versorgung zu gewährleisten – auch im ländlichen Raum.

## → Wenn es um Leben oder Tod geht, hat ein Landbewohner schlechtere Überlebenschancen

Einen weiteren Verstoß gegen die Gleichstellung der Lebensverhältnisse sehe ich in der mangelhaften Notfallversorgung im ländlichen Raum. Denn durch die Schließung von Krankenhäusern sind die Anfahrtswege für Notärzte und Rettungskräfte noch länger geworden. In beinahe der Hälfte aller Fälle kann die gesetzlich geregelte Hilfsfrist von 10, höchsten 15 Minuten hier heute nicht eingehalten werden. Gerade im Fall eines Herzinfarkts oder Schlag-

anfalls entscheiden aber die ersten Minuten bis zur Ersthilfe über Leben oder Tod. Im Durchschnitt hat also ein Landbewohner in solchen Fällen gegenüber dem Städter eine geringere Überlebenschance und trägt gleichzeitig ein höheres Risiko, im Falle einer zu spät erfolgten Ersthilfe eine dauerhafte gesundheitliche Beeinträchtigung davonzutragen.

## → Wer einen Fehler macht und ihn nicht korrigiert, begeht bekanntlich einen zweiten

Jetzt will man, um die gesetzlich geregelte Ersthilfefrist einhalten zu können, zusätzliche Helikopter einsetzen. Das ist widersinnig. Die dafür erforderlichen Millionen

von Euro hätte man schon längst in den Erhalt unserer Kreiskrankenhäuser investieren sollen. Dann bräuchten wir jetzt auch keine weiteren teuren Helikopter.

## Meine Forderungen:

- ▶ Eine Reform des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSG) von 2016.
- ▶ Die immer stärkere Zentralisierung in der Krankenhauslandschaft muss gestoppt werden.
- ▶ Wir benötigen im Gegenteil eine teilweise Dezentralisierung.
- ▶ Investitionsstaus in kommunalen Krankenhäuser müssen abgebaut werden, um deren wirtschaftliche Lage zu verbessern und damit die Kommunen zu entlasten. Nur so kann weiteren Schließungen und Privatisierungen vorgebeugt werden.
- ▶ Rekommunalisierung der Krankenhäuser
- ▶ Die Krankenhausfinanzierung über sogenannte Fallpauschalen und nach DRG-System muss auf den Prüfstand.

### → So lange dauert es bei Ihnen, bis der Rettungsdienst kommt:

Auf der Webseite des Südwestrundfunks können Sie Ihren Wohnort eingeben um zu sehen, wie gut oder schlecht die Notfallversorgung durchschnittlich vor Ort ist: <https://www.swr.de/swraktuell/rettungsdienst-bei-hilfe-im-notfall-ueberlastet-100.html>

Scan mich!



→ Die beste Lösung sehe ich in einer Kombination aus wenigen Spezialkliniken und vielen kleineren Häusern, die die Grundversorgung im ländlichen Raum sicherstellen.



# Arzneimittelversorgung und Zivilschutz

## → Ich fordere eine Rückverlagerung der Arzneimittelproduktion nach Deutschland

Zur medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung gehört es auch sicherzustellen, dass ihr die wichtigsten Medikamente zur Verfügung stehen. Die Regierungen im Bund und Land haben in den letzten Jahrzehnten fahrlässig zugelassen, dass unsere Pharmaindustrie viele dringend erforderliche Wirkstoffe nicht mehr selbst produziert, sondern aus Billiglohnländern wie China oder Indien bezieht. Die Pandemie hat uns dieses Regierungsversagen deutlich vor Augen geführt, als es bei

lebenswichtigen Arzneimitteln vielfach zu Lieferengpässen kam. Denn in einer globalen Krise stehen wir bei der Beschaffung von Medikamenten und den erforderlichen Wirkstoffen in Konkurrenz zur gesamten Welt.

**Ich fordere deshalb:** Der Gesetzgeber muss den Pharmaherstellern Rahmenbedingungen vorgeben, damit diese die Produktion der wichtigsten Arzneimittelwirkstoffe wieder nach Deutschland zurückverlagern.

## → Für eine gesicherte Arzneimittelversorgung müssen wir unsere Apotheken schützen

Für die flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln müssen insbesondere die inhabergeführten Apotheken erhalten bleiben. Dies ist gerade für strukturschwache Regionen wichtig. Ärzte und Apotheken gehören hier zu den wesentlichen Kriterien einer sozial gerechten regionalen Strukturpolitik. Im Wesentlichen finanzieren sich Apotheken ja durch den Handel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln. Dieses Geschäftsmodell wird aber durch ausländische Versandapotheken bedroht, die im Gegensatz zu unseren Apothekern, Boni und Rabatte gewähren

dürfen, dabei jedoch keine Kosten für Notdienste und Rezepturen zu tragen haben. Deutschland gehört zu nur sieben von momentan 27 EU-Staaten, die bisher den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln zum Nachteil der eigenen Apotheken erlaubt haben. Der Großteil der EU-Länder hat ihn aus guten Gründen nicht erlaubt. Ich fordere deshalb ein Verbot für den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten. Nur so können unsere Apotheken überleben und unsere regionale Arzneimittelversorgung sicherstellen.

## → Im Gegenzug fordere ich die Apotheker auf, sich zu verpflichten, die gängigen Medikamente in ausreichender Stückzahl vorzuhalten

Ich finde es unzumutbar, insbesondere für ältere Menschen, für jedes Rezept zweimal in die Apotheke gehen zu müssen. Einmal zur Rezeptabgabe und ein weiteres mal zur Abholung. Medikamente sind in der Apotheke gut

lagerbar. Ich halte es daher für verzichtbar, dass, wie in der täglichen Praxis üblich, zweimal täglich der Fahrer des Großhändlers anfahren muss. Alleine schon aus Gründen des Umweltschutzes.

## → Der Zivil- und Katastrophenschutz sollte wieder höchste Priorität genießen.

In Zeiten des Kalten Krieges wurde noch für den Krisenfall vorgesorgt. Definiert durch das Krisenschutzgesetz wurde eine hohe Anzahl an Krankenhausbetten in Hilfs- und Notfallkrankenhäusern vorgehalten. Nach dem Mauerfall baute man diese Kapazitäten entgegen aller War-

nungen von vernünftigen Stimmen ab. Diesem Leichtsinns fielen innerhalb von nur zehn Jahren rund 200 Notfallkrankenhäuser zum Opfer. Wertvolle Materialien wie Betten, Geräte, Schutzausrüstungen und Medikamente wurden leichtfertig in Krisengebiete verschenkt.

## Meine Forderungen:

- ▶ Der Gesetzgeber muss den Pharmaherstellern Rahmenbedingungen vorgeben, damit diese die Produktion der wichtigsten Arzneimittelwirkstoffe wieder nach Deutschland zurückverlagern.
- ▶ Der Zivil- und Katastrophenschutz muss darüber hinaus auch alle anderen denkbaren Bedrohungsszenarien ins Kalkül ziehen. In einem Cyberkrieg etwa könnten Hacker-Angriffe zum Beispiel auch unsere Strom- oder Trinkwasserversorgung treffen.
- ▶ Ich fordere die Neugründung des im Jahre 2000 voreilig aufgelösten Bundesamts für Zivilschutz. Dieses Amt soll dann ein aktualisiertes Zivil- und Katastrophenschutzgesetz erarbeiten.

# Allgemeine Daseinsvorsorge

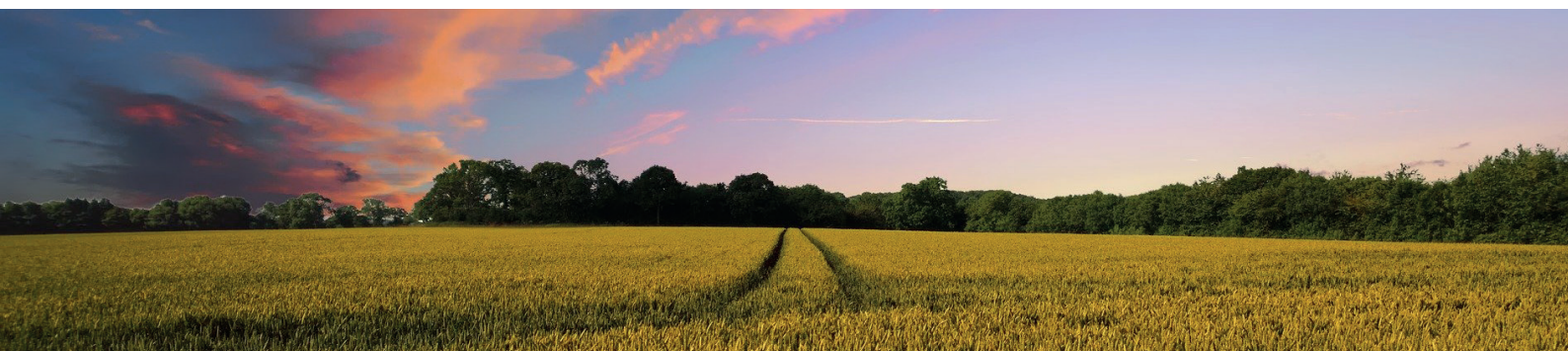
Was uns die Corona-Krise auch lehrt: In der Not ist sich jeder selbst der Nächste. In Krisenzeiten sollten wir uns nicht darauf verlassen, dass Lieferverträge von Handelspartnern im Ausland eingehalten werden. So können andere Länder die Ausfuhr von Gütern stoppen, um die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu sichern. Manche Güter sind dann durch die weltweit hohe Nachfrage nicht mehr erhältlich oder werden unbezahlbar.

**Wir müssen unsere Versorgungssicherheit wieder selbst gewährleisten können.**

Wenn sich zeigt, dass die Europäisierung und Globalisierung im Falle einer Krise nicht mehr funktioniert, wird uns deutlich, dass wir uns auf uns selbst besinnen müssen. Darauf, was wir in Deutschland und in Baden-Württemberg leisten können, um unsere Versorgungssicherheit selbst sicherzustellen. Ganz gleich ob es dabei um Schutzkleidung und Gesichtsmasken oder um Arznei- und Lebensmittel geht. Gerade für unsere Ernährungssicherheit bedeutet das: Wir benötigen eine Renationalisierung im Bereich der Lebensmittelproduktion. Nur durch eine Stärkung unserer nationalen und regionalen

Lebensmittelproduzenten können wir Abhängigkeiten vermeiden und eine Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln sicherstellen.

Zur Daseinsvorsorge gehört auch die Energieversorgung. Geht es nach dem Willen der Regierung, wird Baden-Württemberg in Zukunft achtzig Prozent des benötigten Stroms aus benachbarten Bundesländern und dem Ausland beziehen. Dabei wären doch kurze Wege, das heißt eine dezentrale Energieversorgung, das eigentliche Mittel der Wahl. Lesen Sie ab Seite 22, was ich von der sogenannten Energie- wende halte.



## Unsere Landwirte

→ „Bauernstand ist Ehrenstand,  
erhält die Stadt, erhält das Land.“

Ich zitiere diese alte Volksweisheit gerne, weil ich sie für zeitlos richtig halte. Neben der großen Bedeutung, die die heimische Landwirtschaft für unsere Ernährungssicherheit hat, leistet sie auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaften und Ökosysteme. Die traurige Tatsache ist leider, dass unsere Landwirte, obwohl sie im Vergleich

zum Ausland meist über höhere Nachhaltigkeits- und Qualitätsstandards verfügen, durch die nicht enden wollende EU-Regulierungswut und eine immer weiter anschwellende Flut von Auflagen wie Pflanzenschutzgesetze, Insektenschutzprogramme, Pestizidverordnungen und Nitratrichtlinien reihenweise zur Aufgabe ihrer Höfe gezwungen werden.

→ Wenn die Regierung von „Strukturwandel“ spricht, meint sie eigentlich das von ihr verursachte Höfesterben

Ausgerechnet im März 2020, als die Landwirte vor größten Problemen standen, weil Erntehelfer wegen der Pandemie nicht nach Deutschland einreisen konnten, schaffte die Regierung ihnen noch größere Probleme, indem sie im Eilverfahren, ohne jede fachliche Diskussion über die Aussagekraft der ausgewählten Nitratmessstellen eine weiter ver-

schärfte Düngemittelverordnung beschloss. Die Folge ist, dass eine bedarfsgerechte Düngung von Kulturpflanzen und Zwischenfrüchten jetzt meist nicht mehr möglich ist. Und der daraus resultierende geringere Ertrag reicht den Landwirten einfach nicht mehr aus, um ihre Höfe wirtschaftlich betreiben zu können.



## → Landwirte sind die wahren Experten für Nachhaltigkeit

Die notorische Gängelung der Landwirte wird im Wesentlichen von grünen Politikern betrieben. Wie bereits erwähnt, leben diese vermeintlichen Weltverbesserer selbst meist im städtischen Raum. Von Landwirtschaft, vom Wirtschaften mit dem Land, vom Leben auf dem Land versteht man da meist gar nichts. Grüne Politik ist deshalb in Wirklichkeit alles andere als grün. Denn sie schadet denen, die wirklich etwas von Grün verstehen und die auch dazu in der Lage sind, dieses Grün zu bewahren: unsere heimischen Landwirte.

Ein Landwirt ist, abgesehen von dem einen oder anderen schwarzen Schaf, ein wahrer Experte für Nachhaltigkeit und Naturschutz. Denn Nachhaltigkeit im Umgang mit seinem Land, der umliegenden Natur und ihren Ökosystemen liegt in seinem ureigenen Interesse. Er kennt sein Land und seinen Boden am besten. Er hat kein Interesse an kurzfristigen Gewinnen, wenn sie einen Raubbau an seiner Lebensgrundlage bedeuten würden. Alleine schon aus einer wirtschaftlichen Perspektive gesehen würde das für ihn keinen Sinn machen.

## → Echter Tier- und Naturschutz ist am besten mit unseren familiengeführten Landwirtschaftsbetrieben zu realisieren

Die meisten Familienbetriebe betreiben schon seit Generationen Ökolandbau. Natürlich nannte man es damals noch nicht so. Sie haben von ihren Eltern und Großeltern gelernt, wie man das Land nachhaltig bewirtschaftet, welche Fruchtfolgen einzuhalten sind und wie man Düngung sinnvoll einsetzt. Viele Landwirte besitzen übrigens auch Obstwiesen. Sie wissen um die Wichtigkeit der bestäubenden Insekten. Landwirte sind wahre Experten für Nachhaltigkeit, schon allein deshalb, weil sie ihren Kindern doch intakte Höfe vererben wollen. Sie benötigen keine Anweisungen aus Stuttgart, Berlin oder Brüssel, um zu wissen, was für ihr Land und ihre Böden gut ist.

In der Bankenkrise 2007 – 2009 hat sich bei der Rettung angeschlagener Kreditinstitute der Begriff „Systemrelevanz“ in der Öffentlichkeit etabliert. Ein als systemrelevant bezeichnetes Kreditinstitut kann demzufolge damit rechnen, im Falle eines drohenden Bankrotts als erstes in den Genuss von Staatshilfen aus Steuermitteln zu gelangen. Und kann es heute noch. Für Unternehmen im Bereich der Nahrungsmittelproduktion ist eine „Systemrelevanz“ gesetzlich erst dann gegeben, wenn es mehr als 434.500 Tonnen Nahrungsmittel im Jahr produziert. Das ist natürlich weit mehr als ein Landwirt jemals produzieren kann. Ich bin deshalb der Meinung, dass die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit mindestens so systemrelevant ist, wie ein Kreditinstitut.

## Meine Forderungen:

- ▶ Ich fordere die Regierungen des Bundes und des Landes Baden-Württemberg daher auf, der Landwirtschaft die Wertschätzung einzuräumen, die sie verdient.
- ▶ Die Systemrelevanz der Landwirtschaft als Ganzes muss gesetzlich festgesetzt werden.
- ▶ Eine Eindämmung des EU-Dirigismus in der Agrarpolitik
- ▶ Die Landwirte fordere ich auf, noch mehr Verantwortung für den Boden- und Gewässerschutz zu übernehmen und bei Bedarf Beratungsangebote für eine standortangepasste Düngung wahrzunehmen.

## → Das Land ernährt die Stadt – und nicht umgekehrt!

Eigentlich sollte die Regierung eines Landes seine Landwirtschaft schützen, so wie es auch die Regierungen anderer Länder tun. Mir scheint dagegen, als sei die gesamte Politik unserer Regierung darauf ausgerichtet, unserer heimischen Landwirtschaft zu schaden. Ich fordere eine konsequente Rückführung der Agrarpolitik in deutsche Zuständigkeit und eine Unterstützung der Landwir-

te bei der regionalen Vermarktung ihrer Produkte. Wir brauchen dringend eine Redemokratisierung der autokratisch-zentralistischen Agrarpolitik der EU. Wir brauchen eine Politik, die auf die spezifischen Anforderungen unseres Landes, unserer Böden und unserer heimischen Landwirte ausgerichtet ist.



## → Was die Messungen von Wasser- und Luftschadstoffen in Deutschland gemeinsam haben

Die neue Düngemittelverordnung, die die wirtschaftliche Existenz unserer Landwirte nun akut bedroht, war die Reaktion der Bundesregierung auf eine EU-Klage gegen die Bundesrepublik wegen überhöhter Nitratwerte im Grundwasser. Um drohenden Strafzahlungen zu entgehen, musste man reagieren und machte einfach die Landwirte zu den Sündenböcken unserer Nation. So als wären weder die städtischen Kläranlagen noch diverse Emittenten aus der Industrie, sondern nur sie die alleinigen Verantwortlichen für die Nitrat-Einträge in das Grundwasser. Einwände von Landwirten, die die Messverfahren kritisierten, wurden einfach ignoriert.

Dabei hätte es rückblickend gar nicht zur Klage kommen müssen. Man hätte es beim deutschen Nit-

ratmessstellennetz so handhaben können, wie es auch in anderen EU-Ländern praktiziert wird, nämlich sämtliche Messstellen des Landes zu berücksichtigen, also auch diejenigen in Grundwasserschutzgebieten und anderen unbelasteten Gebieten. Stattdessen aber übermittelte Deutschland an die EU nur die Werte derjenigen Messstellen mit den kritischsten Messwerten.

Dieser vorausseilende Gehorsam vor der EU-Politik und auf Kosten unserer Landwirte beruht meines Erachtens auf der selben ideologischen Verblendung, wie sie sich auch in der Feinstaubdebatte ausdrückt. Auch hier sind die Werte der Messstellen nicht repräsentativ für die städtische Luftqualität. Während sich die Feinstaubmessstellen in anderen europäischen Ländern auf Dächern

von mehrstöckigen Häusern in luftigen Höhen befinden, platziert man sie in unseren Städten immer genau an den Stellen, wo eine maximale Schadstoffbelastung zu erwarten ist, also an Kreuzungen und Ampeln von Hauptverkehrsstraßen. In Lagen, in denen die Luftzirkulation durch umliegenden Gebäude besonders gering ist. Und am besten gleich noch in Höhe der Auspuffanlagen der Autos.

Düngemittel- und Fahrverbote sind also die Resultate einer grünen Politik, die wieder dem längst überkommen geglaubten ideologischen Wahn folgt: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“. Opfer dieser anmaßenden Weltverbesserungspolitik sind wieder mal die arbeitende Mittelschicht, die Berufspendler und Arbeiter in der Automobilindustrie und unsere Landwirte.



# Die Zuckerrübe – Königin der Feldfrüchte

Ein konkretes Beispiel für die Auswirkungen schlechter Agrarpolitik ist der Niedergang des Zuckerrübenanbaus in unserem Land. Bisher galt die Zuckerrübe als die „Königin der Feldfrüchte“ und stellte eine verlässliche Einkommenssäule für unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe dar. Damit zusammenhängend sicherte sie auch viele Arbeitsplätze in der zuckerverarbeitenden Industrie, die gerade für die strukturschwachen Regionen des ländlichen Raums von großer Bedeutung waren.

Leider wird der Fortbestand dieser wertvollen Kulturpflanze von der EU-Agrar- und Außenhandelspolitik zunehmend infrage gestellt. Bereits das Ende der Zuckermarktordnung im Jahr 2017, die den EU-Landwirten bis dahin einen fairen Preis für die Erträge aus ihrem Zuckerrübenanbau garantierte, war meiner Auffassung nach eine fal-

sche Weichenstellung. Auf Betreiben der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit der Welthandelsorganisation (WTO) wurde die Abschaffung der Quotenregelung sowie des regulatorisch festgeschriebenen Rübenmindestpreises auf den Weg gebracht. Angeblich wollte man den Betreibern von Zuckerrohrplantagen in Asien und Lateinamerika fairere Marktchancen am internationalen Zuckermarkt einräumen. Aber wie so oft bei der links-grün dominierten, deutsch-europäischen Weltrettungspolitik erzielte man vielfach das genaue Gegenteil von dem, was man vorgeblich erreichen wollte.

Zwar konnten die Betreiber von Zuckerrohrplantagen tatsächlich in weitaus stärkerem Maße am Weltmarkt für Zucker partizipieren, doch führte das letztendlich dazu, dass seitdem in diesen Ländern Urwälder und Regenwälder in Flächen von unvorstellbarer Größenordnung der Rodung beziehungsweise Brand-

rodung zum Opfer fielen. Aber nicht nur die grüne Klimarettungspolitik wurde durch die Abholzung dieser riesigen CO<sub>2</sub>-Speicher ad absurdum geführt. Die grünen Hypermoralisten müssen sich heute auch vor Augen führen lassen, dass die dortigen Betreiber von Großplantagen ortsansässige Kleinbauern verdrängen und diese dann oft als Arbeiter und Kinderarbeiter unter sklavenähnlichen Bedingungen ausbeuten. Auch sind infolge der Rodungen tausende von Tierarten bereits ausgestorben oder vom Aussterben bedroht.

Aber auch in Deutschland führt diese ideologisch motivierte Agrarpolitik zu einem großen Aussterben, nämlich dem Aussterben traditionsreicher, zum Teil über viele Generationen in Familienhand geführter landwirtschaftlicher Betriebe. Und mit dem Niedergang des Zuckerrübenanbaus sind auch die Arbeitsplätze in den Zuckerfabriken vom Aussterben bedroht.





## → Der internationale Zuckerhandel treibt die globalen Transportemissionen auf Rekordhöhen

Die selben Politiker, die sich für die vermeintliche Energiewende und den sogenannten „Green Deal“ in der EU einsetzen, sind zumeist auch die großen Befürworter von Freihandelsabkommen mit zuckererzeugenden Ländern in Asien und Südamerika. Das ist pure Klimaheuchelei.

Es ist doch absurd, jährlich Millionen Tonnen Zucker auf Zuckerfrachtern als schwimmende Klimasünder über Tausende von Kilometern von einem Kontinent zum anderen zu transportieren, wenn wir doch den Zucker hier bei uns vor der Haustüre erzeugen können.

## → Sogenannte „Freihandelsabkommen“ zu Gunsten global agierender Konzerne und südamerikanischer Zuckerbarone

Weil Erzeugerländer wie Brasilien, Indien und Thailand immer mehr subventionierte Exporte in den Weltmarkt drücken, hat sich der Weltmarktpreis für unverarbeiteten Rohzucker zu Lasten der europäischen Rübenbauern bereits halbiert. Aber es könnte für sie noch schlimmer kommen. Das von der EU geplante Freihandelsabkom-

men mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay sieht eine jährliche zollfreie Einfuhr von 1,5 Millionen Tonnen subventionierter Ware vor. Dieses sogenannte Freihandelsabkommen käme einem Abschaffungsprogramm unserer bäuerlichen Familienbetriebe gleich.

## → Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Zuckermarkt: immer zu Lasten der EU-Landwirte

Eigentlich dürfte sich dieses Mercosur-Abkommen gar nicht „Freihandelsabkommen“ nennen. Denn das Wort „Freihandel“ würde gleichwertige und faire Wettbewerbsbedingungen für beide Seiten voraussetzen. Dies ist aber nicht der Fall. Während unseren Landwirten mit immer neuen Vorschriften und Gesetzen das wirtschaftliche Überleben immer schwerer gemacht wird, existieren in den Mercosur-Staaten deutlich geringe Umwelt- und Tierschutzstandards. Dort gibt es weder Düngemittelver-

ordnungen noch Insektenschutzprogramme und es sind Pflanzenschutztechniken und gentechnische Modifikationen erlaubt, die in der EU verboten sind. Und selbst wenn solche Abkommen vertragliche Vereinbarungen über EU-konforme Produktionsstandards beinhalten, kann deren Einhaltung doch nie überprüft werden. Diese doppelten Standards führen zu Wettbewerbsnachteilen für europäischen Landwirte. Sie zahlen also letztendlich den Preis für die schlechte EU-Außen- und Handelspolitik.

## → Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Zuckermarkt: immer zu Lasten deutscher Landwirte

Aber auch innerhalb der EU gelten doppelte Standards. zu Lasten der deutschen Landwirte. Elf von 19 anderen EU-Staaten, in denen Zuckerrüben angebaut werden, zahlen ihren Rübenbauern aus EU-Agrartöpfen Prämien für hohe Erntemengen. Deutsche Rübenbauern erhalten diese Prämien aber nicht.

Und obwohl Pflanzenschutzmittel mit Wirkstoffen aus der Gruppe der Neonicotinoide (Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam) in der EU seit 2018 grundsätzlich verboten sind, werden sie in 13 anderen EU-Staaten per Notfallzulassung weiterhin eingesetzt. Deutsche Rübenbauer erhalten aber eine solche Notfallzulassung nicht.

## → Unsere Landwirte zahlen den Preis für eine schlechte Agrar- und Außenpolitik

Es scheint fast so, als sei die gesamte Politik auf EU- und Bundesebene nur darauf ausgelegt, der europäischen und insbesondere der deutschen Landwirtschaft zu schaden. Und das, obwohl wir jährlich etwa elf Millionen Euro

mehr in den EU-Agrartopf einzahlen als wir ausgezahlt bekommen. Ich bin deshalb der Meinung, dass auch unsere Landwirte ein Recht darauf haben, dass ihre Interessen berücksichtigt werden.

### **Meine Forderungen:**

- ▶ Ich fordere die Regierung auf, Rahmenbedingungen für den Zuckerrübenanbau zu schaffen, die die immense und im EU-Vergleich ungerechte Kostenbelastung für unsere Landwirte reduzieren.
- ▶ Ausnahmegenehmigungen, die in anderen EU-Staaten gelten, fordere ich auch für Deutschland, den größten Nettobeitragszahler der EU.
- ▶ Freihandelsabkommen mit Drittstaaten müssen auf EU-konforme Produktionsstandards vor Ort überprüft werden.

→ Pflanzenschutz ist bei der Zuckerrübe unproblematisch. Da die Rüben vor ihrer Blühphase geerntet werden, ist das Rübenfeld für die Bienen nicht attraktiv.

Ich halte ich eine Ausnahmegenehmigung für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Zuckerrübenanbau aus folgenden Gründen für gerechtfertigt:

- ▶ Der spezielle Pflanzenschutz bei der Zuckerrübe erfolgt durch eine direkte Einbringung in das Saatgut. Ein großflächiges Versprühen von Pflanzenschutzmitteln ist deshalb nicht notwendig.
- ▶ Da das Roden der Rüben vor der Ausbildung ihrer Blüten erfolgt, ist der Einsatz von Pflanzenschutz für bestäubende Insekten ungefährlich. Wo keine Blüte, da keine Biene.
- ▶ Die Zuckerrübe lockert mit ihren tiefen Wurzeln den Boden auf und sorgt dafür, dass Stickstoffüberschüsse besser von ihm aufgenommen werden können.
- ▶ Die Zuckerrübe nimmt eine sehr wichtige Rolle in der Fruchtfolge ein. Sie lockert mit ihren tiefen Wurzeln den Boden auf und sorgt dafür, dass Stickstoffüberschüsse besser aufgenommen werden können. Und da sie das Krankheitsrisiko der Folgekulturen senkt, kann so auch der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bei den Folgekulturen reduziert werden.
- ▶ Durch ihre lange Vegetationszeit und ihren aufgelockerten Bewuchs stellen Zuckerrübenfelder für viele Lebewesen, insbesondere bodenbrütende Vögel, darüber hinaus einen wichtigen schützenden Lebensraum dar.



# Isoglukose – süß, billig, ungesund

Mit dem Ende der Zuckermarktordnung im Jahre 2017 wurde auch die Quotenregelung für Isoglukose aufgehoben, die zuvor auf maximal fünf Prozent der Zuckerproduktion begrenzt war. Isoglukose ist ein Überbegriff für künstlich auf Stärkebasis hergestellten Zucker, wird vorwiegend aus Mais produziert und gelangt als sogenannter Maissirup auf den Markt. Da Isoglukose (in Deutschland gekennzeichnet als Fruktose-Glukose- oder Glukose-Fruktose-Sirup) im Vergleich zu herkömmlichem Zucker billiger im Einkauf ist und sich leichter verarbeiten lässt, wird sie von der Lebensmittelindustrie nun vermehrt in

Schokolade, Eis, Brot, Keksen und vor allem auch in Limonaden und Erfrischungsgetränken eingesetzt. Daraus entstehen für unsere Ernährung zwei Probleme: Erstens können mit Maissirup gesüßte Speisen und Getränke nun billiger angeboten werden und führen dadurch beim Konsumenten zu einer erhöhten Nachfrage und somit auch zu einem erhöhten Zuckerkonsum. Und zweitens enthält speziell der Fruktose-Glukose-Sirup im Vergleich zu Saccharose, also dem aus Zuckerrüben oder Rohrzucker erzeugten Lebensmittelzucker, einen höheren Anteil an Fruktose.

## → Der höhere Anteil an Fruktose erhöht das Verlangen nach noch mehr Süßem

Gegenüber herkömmlichem Zucker hält das Sättigungsgefühl bei dem Verzehr von mit Fruktose-Glukose-Sirup gesüßten Speisen und Getränken beim Konsumenten weniger lange an. Das Verlangen nach mehr Süßem tritt also früher ein und der Konsument läuft deshalb Gefahr, seine Zuckeraufnahme insgesamt zu erhöhen.

In Ländern, in denen der Einsatz von Maissirup in der Nahrungsmittelindustrie eine längere Tradition hat,

besonders in den U.S.A., ist der Anteil fettleibiger Menschen an der Gesamtbevölkerung signifikant höher als bei uns in Deutschland. Noch! Durch den Wegfall der Zuckermarktordnung und neue Freihandelsabkommen ist nun zu befürchten, dass sich die durch erhöhten Zuckerkonsum bedingten Zivilisationskrankheiten wie Adipositas, Diabetes, Leberverfettung und Hypertonie nun auch bei uns verstärkt ausbreiten werden. Und wenn man sich in unseren Fußgängerzonen so umsieht, scheint das leider bereits der Fall zu sein.



## → Bevor wir über eine pauschale Zuckersteuer sprechen, sollten wir erst mal zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Zucker differenzieren

Nun werden bei der WHO, Ärzten und Krankenkassen Stimmen laut, die zur Krankheitsprävention eine Zuckersteuer einfordern. Dabei wird aber leider nicht unterschieden, welche Art von Zucker in den betreffenden Lebensmitteln eingesetzt wird. Eine Zuckersteuer würde meiner Auffassung nach nur dazu führen, dass Lebens-

mittel für den Konsumenten teurer werden und der Preisdruck für den einheimischen Zuckerproduzenten noch weiter steigt. Aber an dem Grundproblem, nämlich dass immer mehr Lebensmittel mit der gesundheitlich bedenklicheren Isoglukose gesüßt werden, würde sich ja nichts ändern.

## → Zucker ist nicht grundsätzlich schlecht

Zucker ist nicht grundsätzlich schlecht und gehört über seine Aufnahme in Kohlenhydraten wie auch Eiweiße und Fette zu unserer natürlichen Ernährung. Für jeden dieser Nährstoffe, nicht nur für Kohlenhydrate und den darin

enthaltenen Zucker gilt: Auf eine ausgewogene Ernährung kommt es an. Auch beim Zucker gilt also die Regel: Die Dosis macht das Gift. In vernünftigen Mengen konsumiert, ist Zucker völlig unbedenklich.

### Meine Forderungen:

- ▶ Die einheimische Zuckerrübe muss im Markt gestärkt und wieder wettbewerbsfähig gemacht werden.
- ▶ Der Zuckerrübenbauer muss von der allgegenwärtigen Bürokratie und Auflagenflut entlastet werden.
- ▶ Der ernährungsphysiologisch nachteiligere Maissirup ist im Vergleich zum Rübenzucker zu billig.
- ▶ Bestehende Handelsabkommen müssen überprüft werden, wenn sie zu einer Erhöhung des Einsatzes von Isoglukose in der Nahrungsmittelindustrie führen.
- ▶ Wir benötigen eine Zuckermarktordnung, die der Differenzierung zwischen gutem und schlechtem Zucker gerecht wird.

# SuedLink – Widersinn einer Stromautobahn

→ Das Einhunderttausend-Millionen-Geldgrab

Wenn es nach den Plänen der Bundesregierung geht, werden mit SuedLink in naher Zukunft zwei Mega-Stromtrassen, angelegt als HGÜ-Erdkabel (Hochspannung-Gleichstrom-Übertragung), Deutschland auf rund 700 Kilometern von Norden nach Süden zerschneiden. So soll nach dem Atom- und Kohleausstieg der in der Nord- und Ostsee erzeugte Windstrom in den windarmen Süden transportiert werden.

Noch nie hat es in Deutschland ein Netzausbauprojekt dieser Größenordnung gegeben. Dabei sind die Kosten für diese energiepolitische Gigantomanie noch nicht absehbar. Am Anfang sprach man noch

von Kosten im einstelligen, dann im zweistelligen und inzwischen mit rund 100 Milliarden Euro schon von einem dreistelligen Milliardenbetrag. In Worten sind das sage und schreibe einhunderttausend Millionen Euro! Denkt man dann noch an Projekte wie „Stuttgart 21“ oder den Flughafen Berlin (BER), ist es leicht vorstellbar, dass sich die Kosten am Ende sogar auf 200 Milliarden verdoppeln könnten. Und wer wird diese Kosten dann zu tragen haben? Sie und ich, die privaten Stromkunden, über immer weiter steigende, ja explodierende Stromrechnungen. Und das, obwohl wir in Deutschland bereits heute die höchsten Strompreise in ganz Europa haben.



## → Bei der Verlegung von Erdkabeln können Grundwasserströme gestört werden

Auch die Zerstörung von im Boden liegenden Drainagen birgt große Gefahren für den Wasserhaushalt des Bodens. Da diese Drainagen zur Melioration des Ackerlandes vor Jahrzehnten und zum Teil schon vor Jahrhunderten in den Boden eingebracht wurden, sind sie nicht kartiert

oder dokumentiert und können daher nicht in die Planung der Erdkabeltrassen mit einbezogen werden. Die langfristigen Schäden für Landwirte durch Ertragsverluste durch SuedLink sind deshalb derzeit noch nicht absehbar.





## Der Irrsinn der geplanten „Stromautobahn“ und seine Folgen für Mensch und Natur

Eine dieser geplanten Stromautobahnen soll in Brunsbüttel beginnen und bei uns, quasi vor unserer Haustüre, in Großgartach im Landkreis Heilbronn enden. Wir wollen deshalb einen Ausblick wagen, was SuedLink ganz unmittelbar für unsere Landschaft, unsere Natur und unsere Böden bedeuten würde.

Man muss sich SuedLink als ein riesiges Tiefbauprojekt quer durch unsere Landschaft, durch unser Wälder und Äcker vorstellen. Zunächst werden mit schwerem Gerät Rodungen und

Erdaushubarbeiten durchgeführt. Bereits durch diese Arbeiten werden sensible Ökosysteme empfindlich gestört. Dann kommen die vierzig Tonnen schweren Transporter mit den Kabeltrommeln. Durch die damit einhergehende hohe Verdichtung des Untergrunds würden Böden und Bodenstrukturen zum Teil irreversibel zerstört. Die Perforation wasserundurchlässiger Schichten könnte zu Veränderungen des Grundwasserspiegels mit unabsehbaren Folgen insbesondere für die Landwirtschaft führen.

Schließlich, wenn die Tiefbauarbeiten beendet, die Kabel verlegt, die schweren Muffen platziert und die entstandenen Gräben wieder zugeschüttet sind, beginnt der Betrieb. Dabei erwärmen sich unter Höchstlast die Erdkabel auf bis zu 90 ° Celsius, im Regelbetrieb geht man von 50 – 60 ° aus. Wie sich die Abwärme und die magnetische Strahlung der Erdkabel auf die sie unmittelbar umgebende Flora und Fauna, auch auf die mikrobiellen Ökosysteme des Bodens langfristig auswirkt, ist noch nicht ausreichend erforscht.



## Wer wirklichen Klimaschutz will, muss Wälder und Böden schützen

Aber bei diesen Eingriffen wird es nicht bleiben. Die Stromtrassen wollen gewartet werden. Zur Wartung oder Fehlersuche bei Störungen müssen circa alle 300 bis 500 Meter asphaltierte Zufahrtswege für schweres Gerät freigehalten werden. Und dabei würde es nicht bleiben. Wie unsere Recherchen ergeben haben, verfügen die Erdkabel

nur über eine Lebenserwartung von zirka vierzig Jahren, bevor sie ausgetauscht werden müssen. Also gerade wenn sich die Natur so halbwegs erholt haben wird, kommen wieder die Bagger und die Schwerlasttransporter – und die Naturzerstörung beginnt von Neuem.





→ Unsere Böden gehören zu den komplexesten Ökosystemen überhaupt. Sie speichern Milliarden Tonnen organisch gebundenen Kohlenstoff, filtern Schadstoffe aus Niederschlägen, ermöglichen Grundwasserbildung, verhindern Überschwemmungen und sichern unsere Ernährung.

Nicht nur die empfindlichen Ökosysteme unserer Flora und Fauna in Wäldern und auf Wiesen wären nachhaltig gestört, sondern auch Böden, insbesondere auch landwirtschaftlich genutzte Böden, könnten irreversible Schäden davontragen. Darüber hinaus würde der erforderliche Schneisenhieb eine erhebliche Veränderung des Landschaftsbilds nach sich ziehen und damit seinen Erholungswert mindern. Da fragt man sich natürlich nach dem Sinn und Zweck dieser sogenannten „Stromautobahn“. Brauchen wir SuedLink wirklich? Erfüllt dieses megateure Giga-Projekt überhaupt seine selbst gesteckten Ziele?



## Wird durch die Stromtrasse wirklich nur Strom aus erneuerbaren Energien fließen?

Die grün dominierte rot-schwarze Bundesregierung behauptet ja, dass die Stromtrasse angeblich notwendig sei, um Windstrom aus dem Norden zu uns in den stromhungrigen Süden zu bringen. Tatsächlich wird durch die HGÜ-Erdkabel aber nur ein geringer Anteil dieses Stroms fließen. Denn die erneuerbaren Energien sind nicht grundlastfähig und werden es niemals sein. Auch wenn man ganz Deutschland mit Windrädern zustellen würde – wenn kein Wind weht, dreht sich kein einziges.

Was ein Großteil der Bürger nicht ahnt: Wenn der deutsche Sonderweg des Atom- und Kohle-Ausstiegs erst vollzogen ist, würde dennoch Atom- und Kohle-Strom durch die Erdkabel fließen. Aber eben nicht mehr aus deutschen Kraftwerken mit ihren hohen Standards in punkto Sicherheit und Sauberkeit, sondern über das europäische Stromnetz aus Ländern wie Frankreich, Polen oder den baltischen Staaten.



## Es ist absurd: Je schneller sich die Windräder drehen, desto teurer wird unser Strom

Damit aber noch nicht genug des energiepolitischen Irrsinns: Je mehr Windstrom dem europäischen Strommarkt zur Verfügung steht, desto teurer wird die Rechnung für den deutschen Stromkunden sein. Denn zur Sicherung der Grundlast müssen die konventionellen Kraftwerke aus dem Ausland ja immer mitlaufen. An einem windigen Tag führt das dazu, dass an der europäischen Energiebörse ein Überangebot an Strom vorhanden ist. Der vom Steuerzahler und Stromkunden finanzierte hochsubventionierte Windstrom wird dann zu Null- oder sogar zu Negativpreisen gehandelt.

Ich halte die Energiewende sowohl unter finanziellen, wirtschaftlichen, klimapolitischen, sozialen wie auch ökologischen Gesichtspunkten für ein Desaster. Wollen wir die Fortsetzung dieses Desasters verhindern, müssen wir SuedLink verhindern. Denn ohne diese Stromtrasse wird dieses energiepolitische Kartenhaus von selbst in sich zusammenbrechen. Dann wäre der Weg frei für eine wirkliche Energiewende – eine Energiewende zurück zur Vernunft.

→ Ich halte die Energiewende für gescheitert. Statt dieses ideologisch verblendeten und nicht auf rationalen Fakten basierenden energiepolitischen Unfugs benötigen wir eine vernunftgeleitete Umwelt- und Naturschutzpolitik und eine faktenbasierte Energiepolitik.

→ Die Kupferzeller sollten nicht als Versuchskaninchen für Lithium-Ionen-Technologie herhalten müssen

Die geplante Stromautobahn SuedLink ist nur das vorerst letzte Glied in einer langen Kette ideologisch motivierter energiepolitischer Fehlentscheidungen. Ein weiteres befindet sich bereits in Planung – der Netzbooster in Kupferzell.

Da den Netzbetreibern und politisch Verantwortlichen klar ist, dass der Strom aus erneuerbaren Energien – man spricht hier hinter vorgehaltener Hand auch von Flatterstrom – niemals grundlastfähig sein kann, plant man nun zum Ausgleich von Stromflauten den Bau von riesigen Stromspeichern. Dabei handelt es sich um nichts anderes als um chemische Batterien in Lithium-Ionen-Technik, aber in der Größe eines Fußballfeldes oder eines Möbel-

hauses. Ein solcher Giga-Stromspeicher, ein sogenannter Netzbooster, soll nun im hohenlohischen Kupferzell gebaut werden (Bildmontage zur Verdeutlichung im Bild unten). Mit einer Leistung von 250 Megawatt wäre dies die größte Batterie der Welt. Und mit geschätzten Kosten in Höhe von 200 Millionen Euro auch die teuerste. Die bisher größte Batterie mit einer Leistung von 100 Megawatt steht im australischen Outback. Der entscheidende Unterschied: Im Gegensatz zum australischen Outback ist die Region Kupferzell dicht besiedelt. Da aber weder der Einfluss der elektromagnetischen Felder eines Netzboosters in dieser Größenordnung auf Mensch und Natur ausreichend erforscht ist, noch die von ihm ausgehenden Brandgefahren, lehne ich den Bau ab.



→ SuedLink und die sogenannte Energiewende stellen sowohl unter finanziellen, wirtschaftlichen, klimapolitischen, sozialen wie auch ökologischen Gesichtspunkten ein einziges Desaster dar.

- ▶ Die Notwendigkeit von SuedLink wird ideologisch behauptet, ist aber nicht nachgewiesen.
- ▶ Es ist nicht nachvollziehbar, dass ausgerechnet die Übertragungsnetzbetreiber TenneT und TransnetBW, die natürlich ein finanzielles Interesse am größtmöglichen Ausbau haben, mit der Bedarfsstellung beauftragt wurden.
- ▶ Beim Netzentwicklungsplan (NEP) wurden die Netzausbaukosten nicht berücksichtigt. Hierbei handelt es sich laut einer Studie von Prof. Lorenz Jarrass um einen schweren methodischen Fehler.
- ▶ Die Nichtberücksichtigung der Netzausbaukosten führt zu einem überhöhten Netzausbau und damit zu überhöhten Stromkosten und -preisen.
- ▶ Im NEP 2030 wurde keine alternative Trassenvariante ohne Trassenneubau aufgenommen.
- ▶ Die veranschlagten Kosten von bis zu 100 Milliarden Euro stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen.
- ▶ Die immensen Kosten könnten, wie bei Stuttgart 21 oder Flughafen BER in Berlin, noch um ein Vielfaches erhöhen werden.
- ▶ Die extrem hohe Eigenkapitalrendite von angeblich über sieben Prozent für die Übertragungsnetzbetreiber TenneT und TransnetBW erscheint mir sittenwidrig und stellt eine massive Verschwendung deutscher Steuergelder dar.
- ▶ Durch Ausnahmeregelungen für stromintensive Industrien von den Netzentgelten werden der Mittelstand, der einfache Bürger und Rentner prozentual höher belastet.

- ▶ Ich halte es für sozialpolitisch verwerflich, die enormen Kosten von SuedLink überproportional den kleinen und mittleren Unternehmen sowie dem einfachen Kunden für Haushaltsstrom anzulasten.
- ▶ Der Ausbau dieses überdimensionierten Übertragungs-netzes SuedLink ist unwirtschaftlich, unsozial, umweltzerstörend und steht sogar im Widerspruch zu den selbst gesteckten Klimazielen der grünen Weltverbesserungspolitik.
- ▶ Der eigentliche Zweck des Energiewirtschaftsgesetzes, eine möglichst sichere, preisgünstige und verbraucherfreundliche Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität zu gewährleisten, wird durch die Energiewende in keiner Weise erfüllt.

→ SuedLink dient nicht der Versorgungssicherheit mit bezahlbarem Strom aus erneuerbaren Energien, sondern – im Gegenteil – dem europaweiten Handel mit Atom- und Kohlestrom.

**Ein kleines Rechenexempel:**

Gehen wir davon aus, dass der Neubau eines modernen Krankenhauses um die 500 Millionen Euro kostet. Dann könnte man für die derzeit geschätzten Kosten von SuedLink in Höhe von 100 Milliarden Euro allei-

ne schon 200 Krankenhäuser erbauen. Man kann sich leicht ausrechnen, wie viele Krankenhäuser man bauen und unterhalten könnte, wenn sich die Kosten wie bei „Stuttgart 21“ auf das Doppelte oder Dreifache belaufen sollten.

→ Für die Kosten von SuedLink könnte man mindestens 200 Krankenhäuser bauen.



- ▶ SuedLink wird noch nicht einmal den selbst gesteckten Klimazielen der Energiewende gerecht.
- ▶ Die SuedLink Stromautobahn wird durch die Anbindung an das europäische Stromnetz zur Transitstrecke für Kohle- und Atomstrom aus Ländern wie Polen, Tschechien und den baltischen Ländern.
- ▶ Während in Deutschland durch den „Atom- und Kohleausstieg“ schon bald hochmoderne Kraftwerke stillgelegt werden sollen, wird bei uns aus der Steckdose vergleichsweise schmutziger und gefährlicher Strom aus dem benachbarten Ausland kommen.
- ▶ Die Kraftwerksbetreiber halten sich bei dem Atom- und Kohleausstieg schadlos. Die Amortisation der Kraftwerke über die zu erwartende Restlaufzeit zahlt nur der Stromkunde.
- ▶ Die in das Energiewirtschaftsgesetz eingefügte Vorschrift, die „Transformation zu einem umweltverträglichen, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgungssystem unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaus der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu realisieren“, wird nicht erreicht. Im Gegenteil: Die sogenannte Energiewende ist in ihrer derzeitigen Konzeption und Planung weder umweltverträglich noch zuverlässig noch bezahlbar.

→ Es ist absurd! Wir zahlen die höchsten Strompreise Europas für eine grüne Klimaideologie und am Ende kommt dann ausländischer Atom- und Kohlestrom aus unseren Steckdosen.

## → SuedLink rettet nicht das Klima, zerstört aber unsere Natur

- ▶ Tiere und Pflanzen werden aus dem Stromtrassenbereich durch Bauarbeiten und Abwärme der Leitungen vertrieben.
- ▶ Zerstörung unserer Böden durch hohe Bodenverdichtung
- ▶ Störung der Bodenbiologie durch Verdrängung von Schlüsselarten wie tiefgrabende Regenwurmarten
- ▶ Durch Bodenerwärmung ist mit einer erhöhten Verdunstungs- und Austrocknungsrate zu rechnen.
- ▶ Eine Bodenaustrocknung und die Veränderung des Grundwasserspiegels führen zu Ertragsverlusten in der Landwirtschaft

→ Die Stromtrasse macht uns in höchstem Maße verwundbar. Über 700 Kilometer Trasse sind schwer zu sichern. Ein Terroranschlag könnte ganz Süddeutschland mit einem Blackout lahm legen.



## → Definition SuedLink

SuedLink (auch zu finden als SüdLink oder Südlink) ist die Bezeichnung eines von den Übertragungsnetzbetreibern TenneT TSO und TransnetBW geplanten Korridors zum Bau von Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen (HGÜ) im Rahmen des Netzentwick-

lungsplans (NEP) der Bundesrepublik Deutschland. Sie sollen unter anderem die vorrangig im Norden der Bundesrepublik aus Windenergie gewonnene elektrische Energie in die südlichen Regionen von Deutschland bringen. (Quelle: Wikipedia)

## → Warum Erdkabel?

Um Widerstände von Seiten der Bevölkerung zu vermeiden, soll die Stromtrasse statt über Freileitungen mit HGÜ-Erdkabeln ausgelegt werden. Man kehrt das Problem damit gewissermaßen unter den Teppich. Dass die Erdkabel-Variante in etwa sieben mal teurer als die herkömmliche Technik ist, wurde den Bürgern nicht gesagt. Nicht erwähnt wurde auch die Tatsache, dass Deutschland in dieser Auslegungsvariante zu einem riesigen Frei-

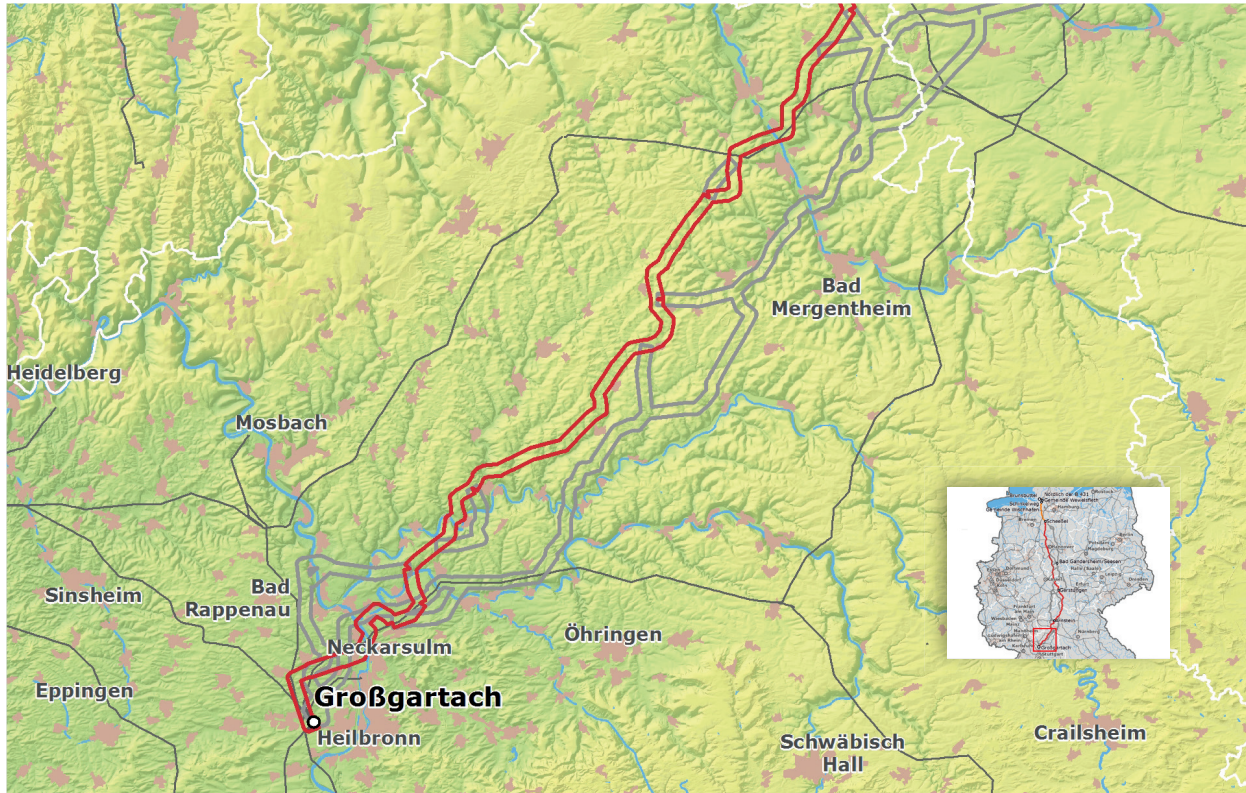
land-Versuchslabor wird. Denn die HGÜ-Technik findet weltweit nur in zwei Fällen Anwendung, wo sie auch Sinn macht. Im skandinavischen Raum als HGÜ-Seekabel zur Überbrückung von langen Seestrecken, denn dort sind keine Strommasten möglich. Und in China zur Übertragung kontinuierlich verfügbarer Erzeugungskapazitäten über Distanzen von 2000 Kilometern, wo sich die aufwendige HGÜ-Technik dann auch wirtschaftlich rechnet.




## → Der Stromtrassenverlauf in Baden-Württemberg

Der geplante Trassenkorridor soll vom bayerischen Arnstein bis in das baden-württembergische Großgartach bei Heilbronn geführt werden. Auf baden-württembergischer Seite durchläuft der Korridor den Main-Tauber-Kreis, den Kreis Hohenlohe, den Neckar-Odenwald-Kreis, den Landkreis Heilbronn und durchschneidet in seinem letz-

ten Abschnitt bis Großgartach auch den Stadtkreis von Heilbronn. Wegen der dortigen dichten Besiedelung sieht die Planung derzeit vor, die Erdkabel zwischen Kochendorf und Großgartach durch die Salzbergwerke der Südwestdeutschen Salzwerke zu führen.





-  Vorschlagstrassenkorridor (im Bundesfachplanungsverfahren)
-  alternativer Trassenkorridor (im Bundesfachplanungsverfahren)
-  bestehendes Übertragungsnetz

Diese Karte der Bundesnetzagentur zeigt den derzeitigen Stand des Abschnitts E des Vorhabens 3 des Bundesbedarfsplangesetzes.

Den je nach Planungsstand aktualisierten Stromtrassenverlauf können Sie unter folgendem Link einsehen:

<https://www.netzausbau.de/leitungsvorhaben/bbplg/03/E/de.html>



# Über mich

*Liebe Leser.*

mein Herz gehört dem ländlichen Raum. Das hat man in dieser Broschüre deutlich spüren können. Die Versorgung unserer Städte kann

nur der ländliche Raum leisten.

Ballungszentren und ländlicher Raum sollten gleichgestellt werden. Das ist das Resultat, dass mein Team und ich in dieser Broschüre zusammengetragen haben.

Dafür stehe ich ein.

Wer hätte erahnen können, wie sich dieses Land entwickelt. Ich war schon früh an Politik interessiert, aber für mich waren es „damals“ schon die Einheitsparteien. Egal wen man wählte, es änderte sich nie zum Guten.

Mit Gründung der Alternative für Deutschland,

im März 2013 sah ich endlich Licht am Ende des Tunnels. Die Zukunft für meine Kinder und Enkel. Gleich im April 2013 führte mein Weg deshalb zur AfD. Von Anfang an war mir klar, dass die Alternative für Deutschland eine Chance für Deutschland ist. Vielleicht die Letzte. Dementsprechend hoch war mein Engagement. Im Jahre 2014 wurde ich für den Kreistag nominiert und auch gewählt. Ich beteiligte mich aktiv im Heilbronner Kreisverband und wurde 2015 Mitglied des Vorstands. Noch im selben Jahr wählten mich meine lieben Parteimitglieder zum Kandidaten für die Landtagswahl, bei der ich dann 2016 mit 18,3 Prozent der Stimmen gewählt wurde.

Sowohl im Kreistag als auch heute im Landtag bin ich aus Überzeugung im Sozialausschuss tätig. In diesem Ausschuss hat man neben vielen anderen Themen auch Krankenhäuser, die Pflege und Behinderte im Blick. Ich war bedingt durch verschiedene Operationen selbst Patient und

konnte nun die Sicht von beiden Seiten in diese Ausschüsse einbringen. Ein wichtiges Anliegen sind dabei Behinderte, ich bin behindertenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion im Landtag. Zu diesem Thema werden Sie alsbald eine Publikation erhalten.

Wie schon auf den vorigen Seiten hervorgehoben, hat der Bund und das Land sehr viel Geld zur Verfügung. **Dieses Geld gehört dem Bürger, nämlich Ihnen.** Für Sie muss es eingesetzt werden, damit es Ihnen gut geht. Und wenn es Ihnen mal schlecht geht, dann müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit es Ihnen wieder besser geht.

**Ihre Steuergelder sollten nur für Sie eingesetzt werden und nicht für eine fehlgeleitete ideologische Energiepolitik, die sich selbst gefällt.**

Herzlichst,

*Ihr Thomas Palka*

## IMRESSUM

Thomas Axel Palka  
Orffweg 10  
74193 Schwaigern

Telefon 07138 920224  
Telefax 07138 920225

thomas-axel.palka@afd-bw.de  
TP@thomas-palka.de

[www.thomas-palka.de](http://www.thomas-palka.de)  
[facebook.com/thomasaxelpalka/](https://facebook.com/thomasaxelpalka/)



### *Bildnachweise:*

*S. 20: krazyuk/depositphotos*

*S. 22 und 23: TenneT*

*S. 25: nikkytok/depositphotos*

*S. 27: prill/depositphotos; Tesla*

*S. 33: Bundesnetzagentur, © GEO-Basis-DE / BKG 2018, © Übertragungsnetzbetreiber*

*Die weiteren Fotos: privat; Pixabay*

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich Informationszwecken.

Stand: September 2020



FUR  
BW

